

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

gegründet 1878

Freitag den 25. Oktober 1920

Bestellpreise: Inland 1.20, Ausland 1.50

Redaktion: Nagold, Markt 1

Verlag: Nagold, Markt 1

Abendblätter: 1.20, Ausland 1.50

Nr. 249

Montag den 25. Oktober 1920

94. Jahrgang

An die württ. Bevölkerung in Stadt u. Land!

Die Zentrumsfraktion des württ. Landtags erklart folgenden Aufruf:

Das Leben unseres Volkes steht in engster Wechselwirkung. Jeder Stand und Beruf ist auf den anderen angewiesen. Des einen Wohlergehen ist bedingt durch das des anderen. Das Unglück des einen ist das Unglück des anderen. In richtiger Erkenntnis dieser Lebensgrundlagen eines Volkes hat die Zentrumsfraktion sich von jeher zur Pflicht gefühlt, den berechtigten Interessen aller Stände sich anzunehmen. Diese in treuer Umgebung jahrzehntelang defoliate Politik gibt der Zentrumsfraktion das Recht, in schicksalsschwerer Zeit diesen Aufruf an die Bevölkerung zu richten. Arbeitslosigkeit, Not und Elend bedrohen die öffentliche Ordnung und unterbrechen die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land birgt schwerste Gefahren für Volk und Wirtschaft in sich. Industrie und Gewerbe leiden unter Rohstoff- und Rohstoffmangel. Darin liegt der Hauptgrund für die große Arbeitslosigkeit, die Forderung für die Notwendigkeit der staatlichen Erwerbslosenfürsorge. Die gegenwärtige und künftige Notlage ist eine Folge des verlorenen Krieges und der Revolution, der Wirkung des Versailles-Friedensvertrages, der Ausdruck der Nachpolitik unserer Feinde. Millionen Kinder sind unterernährt und tuberkulös, es fehlt ihnen die nötige Milch und kräftige Kost. 1.700.000 deutsche Männer sind als Opfer des Krieges nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt oder nach der Heimkehr dort gestorben, sie schützten mit ihrem Leben die Heimat. 3 Millionen Kriegswaisenkinder, 800.000 Kriegserwachsene, 1 1/2 Millionen Kriegswaisen leiden schwer unter der Not der Zeit. Hunderttausende Kleinrentner, Pensionäre, Unfallverletzte und Invaliden, Betreuer der Arbeit und des Krieges leiden fürchterlich unter der Teuerung. Ganze Stände sind durch die Wirkungen des Friedensvertrages in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Der politische Radikalismus arbeitet auf den Krieg aller gegen alle hin. Doch aber ist das deutsche Volk und mit ihm die deutsche Wirtschaft zu retten. Die erste Hilfe muß von unserem braunen Landvolk kommen. Der Bauernstand ist der wichtigste Stand im Staate, er ist der Nährboden des Volkes. Ohne Bauernkraft und Bauernarbeit kann unser Volk nicht bestehen. Dem Landvolk rufen wir daher zu: Wehret das Brotgetreide an die öffentliche Bewirtschaftung ab. Wehret Preisüberbietungen von Schleißhändlern und Wucherern zurück. Gebietet der Werte des Getreides, der auch den Verbrauchern in den Städten und jenen auf dem Lande Erfüllung ihres Lebensvertrages hat, welche den Vater in seinem Namen bitten: Gib uns unser täglich Brot! Wehret den Wuchergeist nicht in eure Häuser und Gemeinden hinein; wehst ihn, wo er eingezogen sein sollte, wieder hinaus. Handelt nach christlichen Grundsätzen im Wirtschaftsleben. Bedenkt euch für die Erzeugung eures Brotes und Schweiges mit Preisen, die der Not weitefter Volkstrife gerecht werden. Damit hilft ihr Staat und Volk retten. Damit rettet ihr euch selbst, leistet euren Stand den besten Dienst und bewahrt das ganze Volk vor Untergang und Zusammenbruch. Handelt, solange es Zeit ist.

Aber nicht nur der Bauernstand, auch die städtische Bevölkerung hat Pflichten gegen die Allgemeinheit. Das Landvolk kennt keinen Schlußtag, es arbeitet von morgens früh bis abends spät. Wartet darum der städtischen Arbeiter der landwirtschaftl. Bevölkerung einen gerechten und auskömmlichen Verdienst. Nehmet aber auch an dem Arbeits- und Berufsleben des Landvolkes ein Beispiel. Dem Warenmangel kann nur durch vermehrte Arbeitsleistungen gesteuert werden. Stärkes Angebot an Waren senkt die Preise. Mit radikalen Parteiprogrammen, Reden und Handlungen, mit der Vernichtung aller Werte kann das staatliche und wirtschaftliche Trümmerfeld nur vergrößert, aber kein Aufbau von Staat und Wirtschaft geleistet werden. Wir verzweifeln es auf das Schärfste, daß es in den Städten noch immer Volkstriebe gibt, die ein Schlemmer- und Prasselerleben führen und so die Klassengegensätze noch verschärfen. Breite Erwerbskreise ziehen Riesengewinne aus ihrem Geschäft und bereichern sich, während zur gleichen Zeit dreite Volkstrafen verarmen. Solten bessere Zeiten kommen, dann muß das Verhältnis von Reich zu Arm wieder auf eine gesunde Grundlage gestellt, es müssen bessere Menschen geschaffen werden. Leue, Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Unbegierigkeit in Handel und Wandel müssen wieder zur Geltung gebracht, die Gebote des christlichen Sittegesetzes müssen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben wieder anerkannt und praktisch betätigt werden. Wir geben einer noch schwereren Zeit entgegen. Habet Mut und Göttervertrauen! Schließt euch zu nationaler und völkischer Arbeit zusammen. Dann gehen wir trotz aller Schwierigkeiten als Staat und Volk nicht unter. Stadt und Land sind und bleiben in einer Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden. Vergesst das nicht! Helfet einander! In diesem Sinne und Geiste: Boran mit Gott!

Tagessprechstunden.

Neue Verhandlungen über Ostpreußen.

Berlin, 23. Okt. Die Verhandlungen über Ostpreußen werden am Dienstag, den 26. Oktober, in der Reichskammer...

neue Verhandlungen zwischen den Reichs- u. Staatsbehörden und den ostpreussischen Beamten über die wirtschaftliche und politische Sonderstellung Ostpreußens stattfinden.

Erneute Deutschege.

Berlin, 23. Okt. Der „Rotin“ berichtete aus Tokio, Deutschland bleibe trotz seiner schwierigen Lage bemüht, durch falsche Nachrichten, zwischen den Alliierten, insbesondere zwischen Japan und Amerika, Unfrieden zu stiften. Man dürfe aber hoffen, daß der gesunde Sinn der Alliierten das deutsche Manöver zunichte machen werde. — Es ist klar, daß es sich bei dieser Meldung um den abgeleiteten Versuch handelt, Japan und Amerika untereinander und gegen Deutschland zu verhetzen. Weit entfernt, im Osten Unruhe zu stiften, hat Deutschland im Gegenteil das größte Interesse an der Ausgestaltung und Befestigung des wahren Friedenszustandes in der ganzen Welt.

Die Ruhrkohlenförderung im Monat September.

Die Förderung der Ruhrkohlen betrug im September insgesamt 7.801.886 Tonnen gegenüber 7.484.851 Tonnen im August. Arbeitstägig (bei 26 Arbeitstagen in beiden Monaten) stellte sich die Förderung auf 300.042 t im September gegen 287.879 t im August. Die Wagenanforderung hat zugenommen; während im August im Durchschnitt täglich 18.658 Wagen angefordert und gestellt wurden, betragen die Bestandsmeldungen im September — ohne die Anforderung und Bestellung an Sonn- und Feiertagen 19.930 Wagen. Die Haldbestände sind weiter zurückgegangen. Am 25. September betragen die Haldbestände nur noch 71.042 t gegen 92.394 t am 28. August. Der Bohnerstand, d. h. die Rücklieferung beladener Wagen, ist von 498.906 t im August auf 520.464 t im September gestiegen. Die Ripperleistung in den Duisburger-Ruhrorter Höfen betrug im September werktätig 30.659 t, gegenüber 30.719 t im August, insgesamt 797.129 t im September, gegen 798.694 im August. Der Umschlag der Kanalkehlen stellte sich im September werktätig auf 25.652 t, insgesamt 666.960 t; im August werktätig 25.092, insgesamt 652.398 t. Die Zahl der Bergarbeiter hat sich von Ende August bis September um 8849 vermehrt; Ende September waren 511.274 Bergarbeiter beschäftigt.

Zahlen des außerordentlichen Haushalts.

Berlin, 23. Okt. Der außerordentliche Haushalt enthält u. a. folgende Ausgabenpositionen: für das Reichswehrministerium 2.288.973.202 Mark, für das Reichswehrministerium 1.718.806.267 Mark, für das Reichsfinanzministerium 445 Millionen Mark, davon zur Durchführung des Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft 250 Millionen Mark, für das Reichswehrministerium, Abteilung für Wasserstraßen, 100 Millionen Mark, für das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft 208.352.389 Mark, Reichsland 1.067.391.120 Mark, Reichsministerium für Wiederaufbau 926.254.000 Mark, Allgemeine Finanzverwaltung 1.414.727.642 Mark, davon zur Abwicklung der alten Wehrmacht 3.955.447.642 Mark und Kosten der Internierung der Angehörigen russischer und polnischer Truppenteile 140 Millionen Mark. Zur Ausführung des Friedensvertrages sind in den außerordentlichen Haushalt an Ausgaben eingestellt 41.440.371.969 Mark, davon für die Besatzungstruppen in den Rheinlanden 15.505.250.000 Mark, für 1919/20 Millionen, und für Ausgaben in Ausführung des Friedensvertrages und seiner Vorverträge 25 Milliarden Mark, im Vorjahre 17 Milliarden. Dem Reichshaushaltsplan ist u. a. eine Denkschrift über die Beteiligung des Reichs an folgenden industriellen und kaufmännischen Unternehmungen beigegeben: Nieder-Hütte, Württembergische Stahlwerke, Chemische Werke Lothringen, Elektrowerke A.-G. Berlin, Gesellschaft für Kraftübertragung, Mitteldeutsche Kraftwerke, K.W. Werke, Württ. Landes Elektrizitätsgesellschaft, Ostpreussische Kraftwerke, ferner an verschiedenen Werken der Aluminium-Industrie, weiter Deutsche Werke A.-G. und schließlich Reichskredit- und Kontrollstelle G. m. b. H.

Von den bayrischen Unabhängigen.

Augsburg, 23. Okt. Im Gegensatz zu München, wo die Mehrheit der Unabhängigen gegen den Anschluß an Moskau ist, ist in Augsburg die größte Zahl der Unabhängigen, an der Spitze ihr schwäbisches Organ, der „Volkswille“, unter der Führung des Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomaß mit folgenden Forderungen zur Moskauer Richtung abgelenkt. Infolgedessen hat der bisherige Vorsitzende der unabhängigen Partei, Stadtrat Walter, seine sämtlichen Kreuze niedergelegt und in einem öffentlichen Protestschreiben an den Kreisparteitag zum Ausdruck gebracht, daß er den Anschluß an die Moskauer Richtung als ein Unglück sowohl für die sozialdemokratische Bewegung wie überhaupt für das ganze Proletariat betrachte.

Die Spaltung der italienischen Sozialisten.

Rom, 23. Okt. Die Spaltung der italienischen Sozialisten schreitet schnell vorwärts. Nachdem die Gemäßigten sich schon in Reggio als sozialistische Konzentration versammelt haben, bilden nunmehr die Moskauer eine kommunistische Konzentration, welche dementsprechend in Imola zusammentritt. Bereits heute wird ihr von den extremen Führern gezeichnet.

Programm veröffentlicht: Es will die Partei vor dem nächsten Florentiner Kongress in die kommunistische Partei Italiens umtauschen und das Moskauer Programm unter Ausschluß aller Gemäßigten durchzuführen lassen. Insbesondere soll auch die Gemeinschaft mit dem gemäßigten gerichteten Gewerkschaftsverband gelöst und dieser durch eine neue Gewerkschaftsorganisation ersetzt werden, welche von der kommunistischen Parteileitung kommandiert und von Amsterdam unabhängig ist.

Das Zusammengehen der engl. Bergarbeiter u. Eisenbahner.

London, 23. Okt. Die Konferenz der Eisenbahner hat den Vollgungsausschuß der Bergarbeiter aufgesordert, heute mit ihnen zusammenzutreffen. Der Vollgungsausschuß der Bergarbeiter ist nach London zu einer Sitzung einberufen worden, um die Einladung der Eisenbahner und die allgemeine Lage zu erwägen. Dieser Berufung des Vollgungsausschusses der Bergarbeiter nach London wird große Bedeutung beigelegt. Man ist der Ansicht, daß große Aussicht besteht, daß die Verhandlungen der Regierung und den Bergwerksbesitzern vor der verhängnisvollen Sonntag-Mitternacht wieder aufgenommen werden.

Der irische Kampf.

London, 23. Okt. Gestern Morgen fanden in Dublin an verschiedenen Stellen Explosionen statt, während heftige Gewehrfeuer entnommen wurde. Wie verlautet, ist das Reichs- und Waffenarsenal angegriffen worden. — Einer anderen Meldung zufolge haben sich die Angreifer einer großen Menge Waffen und Munition bemächtigt und bei ihrem Kampf gegen die Polizisten davon Gebrauch gemacht.

Ein Druck auf Ungarn.

Best, 23. Okt. In der heutigen Konferenz der Regierungspartei teilte Ministerpräsident Graf Teleki mit, der ungarischen Regierung sei vom Obersten Rat der Entente-Kommission die strikte Aufforderung zugegangen, den Frieden bis zum 1. Nov. zu ratifizieren.

Brandanschlag an der englischen Hopfenbörse.

London, 23. Okt. In der Hopfenbörse in London am Südbufer der Themse ist vergangene Nacht ein Brand ausgebrochen, der einen Schaden von 1 1/2 Millionen Pfund Sterling angerichtet hat.

Französische Sozialisten und Moskau.

Genf, 23. Okt. Im Anschluß an die Auseinandersetzungen über die Moskauer Internationale hatte die Verwaltungskommission der sozialistischen Partei Frankreichs den Ausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes zu einer gemeinsamen Aussprache eingeladen über ein Zusammengehen der Partei und der Gewerkschaften zur Verteidigung der russischen Revolution gegen die Boykottmaßnahmen und Interventionspolitik der Westmächte, insbesondere Frankreichs. Diese Aussprache hat vorgestern Abend stattgefunden, aber zu keinem Ergebnis geführt. Der Parteisekretär Frossard gab zwar die Erklärung ab, daß die von der Moskauer Internationale geforderte Internierung der Gewerkschaften unter die politische Partei in Frankreich undurchführbar sei, aber die Vertreter der Gewerkschaften Joubaud und Dumoulin verlangten bestimmte Garantien gegen jeden Ueberegriff der bolschewistischen Minderheit der Partei in die vorgeschlagene gemeinsame Aktion. Da die Vertreter dieser Minderheit im Verwaltungsausschuß der Partei keine derartige Verpflichtungen übernehmen wollten, mußte die Beschlußfassung vertagt werden.

Die Wohnungsfrage und Arbeitslosen in Frankreich.

Paris, 23. Okt. Der gestrige Rabinetsrat beschäftigte sich mit der Frage der Wohnungsfrage und der baldigen Beschaffung billiger Wohnungen. Der Arbeitsminister berichtete über die Zahl der Arbeitslosen und stellte fest, daß sie die normale Zahl nicht überschreitet.

Der neue Geschwindigkeitsrekord.

Paris, 23. Okt. Der Flieger Sadi Lecointe hat gestern in Bialcoublay einen neuen Geschwindigkeitsrekord aufgestellt. Er legte in einer Stunde 302,5 Kilometer zurück, was einer Geschwindigkeit von 11 1/2 Sekunden für einen Kilometer entspricht.

Die amerikanischen Bankiers und ihre Ausfuhrsorgen.

Washington, 23. Okt. Die Bankiers, die an der Konferenz der amerikanischen Bankiersvereinigung teilnehmen, beschloßen, Wilson zu rufen, um die Ausfuhr von Baumwolle, Weizen und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu wehren. Der ehemalige Direktor der Kriegsfinanzkorporation, Meyer, erklärte, die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Korporation sei durch die dringende Notwendigkeit bedingt, in größerem Umfang als bisher Kredite zu gewähren.

Rückkehr sämtlicher Volstänadenschen.

Berlin, 24. Okt. Die englische Regierung hat die Rückkehr sämtlicher Volstänadenschen, die anlässlich des türkischen Waffenstillstandes nach Genua und von dort zum Teil nach Deutschland vertrieben worden waren, gestattet. Der Ober-



Kommissar von Volz, Samuel, soll beauftragt worden sein, für die Unterbringung der zurückkehrenden Deutschen Sorge zu tragen.

Maria von Sachsen-Roburg-Gotha †.

Roburg, 24. Okt. In Jütich starb gestern im 68. Lebensjahre die vermittelte Herzogin Maria von Sachsen-Roburg-Gotha.

Kein neues Besitzsteuergesetz.

Berlin, 24. Okt. Eine Nachricht des „Vorwärts“, daß dem Reichstag der Entwurf eines neuen Besitzsteuergesetzes vorgelegt würde, entspricht lt. Frankl. Ztg. nicht den Tatsachen. Der Entwurf eines Besitzsteuergesetzes, der im Frühjahr an Stelle des ursprünglich geplanten Kautschuksteuergesetzes an die Nationalversammlung kam und Besteuerungssätze von einem bis zehn Prozent vorsah, ist im Senatsausschuß unerrätig liegen geblieben. Eine neue Vorlage an Stelle dieses Entwurfes scheint nicht geplant zu sein.

Keine Erhöhung der Versicherungsgrenze.

Berlin, 23. Okt. Vom Reichsarbeitsministerium wird der Zll. mitgeteilt: In der Presse wurde mehrfach gemeldet, daß die Regierung einer Erhöhung der Versicherungsgrenze der Kranken- und Angehörtenversicherung auf 30000 M. zugestimmt habe. Dies trifft nicht zu. Es steht noch keineswegs fest, ob und in welcher Weise die Versicherungsgrenze erhöht werden wird.

Zum Fall Hermes.

Berlin, 23. Okt. Amlich wird mitgeteilt: Auf Beschluß des Reichstages hatte der Reichstangler am 16. d. M. den Reichsjustizminister und den Reichsfinanzminister damit beauftragt, die Sach- und Rechtslage hinsichtlich der gegen die Person des Reichsernährungsministers und auf seine Geschäftsführung erhobenen Vorwürfe festzustellen. Die Minister haben nunmehr die Prüfung abgeschlossen, ob und inwiefern die Angriffe den Minister Dr. Hermes unbeschadet seiner staatsrechtlichen und politischen Verantwortung gegenüber dem Reichstag persönlich betreffen. Auf Grund ihres Berichtes kam das Kabinett einstimmig zu dem Ergebnis, daß die persönliche Ehrenhaftigkeit des Ministers außer allem Zweifel steht.

Aussprache über den Steuerstreik.

Berlin, 24. Okt. Anlässlich des Steuerstreiks der Arbeiterschaft in verschiedenen Betrieben hat der deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Dr. Reichert sich an die Regierung gewandt. Er hat darauf aufmerksam gemacht, daß den Unternehmern durch Reichsgesetz die undurchführbare Aufgabe eines Steuereinzahlers auferlegt worden ist und daß sie angesichts der Ausschreitungen eine wirksame Hilfe der Regierung erwarten. Daraufhin hat nun der Reichsminister des Innern im Benehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsarbeitsminister folgende Antwort erteilt: Die Reichsregierung hat die schweren Ausschreitungen, die in einzelnen Gegenden des Reiches von der Arbeiterschaft gegen die Leiter von Fabrikbetrieben begangen worden sind, aufmerksam verfolgt. Sie muß es auf das ernsteste mißbilligen, wenn unverantwortliche Personen den gesetzlich eingehenden Vorkaution zum Vorwand nehmen, um die Arbeiterschaft gegen die Unternehmer aufzuhetzen und zu Gewalttätigkeiten zu verleiten. Die Verhinderung der Ausschreitungen ist in erster Linie Sache der Länder als Inhaber der Polizeigewalt. Mit diesen sind bereits vor längerer Zeit Verhandlungen eingeleitet worden, um Maßnahmen zu treffen, die den Zweck haben, ein gewalttätiges Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die Betriebsleitungen zu verhindern. Insbesondere sollen die Polizeiorgane derartigen Gesekwidrigkeiten sofort in ruhiger, aber bestimmter Weise entgegenzutreten. Der Erfolg eines solchen Vorgehens hat sich bei den Vorgängen in Stuttgart erwiesen. Es darf daher erwartet werden, daß in Zukunft Ausschrei-

tungen der Arbeiterschaft gegen die Betriebsleitungen auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben.

Schließung einer Eisenbahnhauptwerkstätte.

Berlin, 24. Okt. Amlich: Am Mittwoch den 20. Okt. hat die Arbeiterschaft der Eisenbahnwerkstätte Schneidemühl, nach ergebnislosen Verhandlungen über die Durchführung des Raucherbotes mit einem der Amtsvorstände, diesen tätlich angegriffen und in der Betriebsversammlung die Entsendung des Oberamtsvorstandes beschlossen. Gleichzeitig wurde versucht, den Amtsvorstand an der Ausübung seiner Dienstschäfte zu verhindern. Die Eisenbahnverwaltung sah sich deshalb genötigt, die Eisenbahnhauptwerkstätte Schneidemühl am 22. Oktober zu schließen und der gesamten Belegschaft gemäß den Bestimmungen des Reichslohnarbeitervertrages freilos zu kündigen. Ueber die Wiedereröffnung der Hauptwerkstätte ist bisher noch nichts bekannt.

Autonomie für Oberschlesien.

Berlin, 24. Okt. Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten legte am Samstag vormittag die Beschlüsse vom Donnerstag über die Gewährung der bundesstaatlichen Autonomie für Oberschlesien vor. Er waren: a. annehmend: Der Reichstangler, sowie die Reichsminister des Innern und des Justiz, ferner die ober-schlesischen Abgeordneten des Reichstages und der preuss. Landessammlungen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist folgendes: Die Reichsregierung wird demnächst ein Gesetz einbringen, das in Oberschlesien nach dessen Entscheidung für Deutschland die volle gliedstaatliche Autonomie einleitet, wenn die ober-schlesische Bevölkerung sich für diese Autonomie erklärt. Die Annahme des Gesetzes ist nach den Verhandlungen des Ausschusses und den dort von den Vertretern der Parteien abgegebenen Erklärungen gesichert.

Falscher Alarm?

Berlin, 24. Okt. Laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ erklärt der Vorsitzende der internationalen Kontrollkommission dem Auswärtigen Amt, daß die Meldung, die alliierten Mächte beschuldigen nicht nur die vorhandenen schwebelnden Dieselmotoren zu zerstören, sondern auch die deutsche Dieselmotorenindustrie durch ein kategorisches Verbot vollständig zu vernichten, nicht den Tatsachen entspreche. — Was entspricht nun also den Tatsachen? Sollte wirklich die ganze Protokollstation gegen die beschuldigte Zerstörung der Dieselmotoren auf einen falschen Alarm, auf bloße Gerüchte zurückzuführen sein?

Entwicklungen über ein nationalistisches Militärkomplott in Italien.

Mailand, 23. Okt. Die Meldung von einem nationalistischen Komplott mit V. Annunzio an der Spitze gibt dem Koozt. Anlaß zu sonderbaren Betrachtungen. Das sozialistische Organ sagt, daß V. Annunzio, der Mann, der heute als bezeichnender Kämpfer gegen den Bolschewismus bezeichnet werde, sich vor Monaten an den russischen Botschaftsminister des Reichers, Tschischewin, wandte mit dem Gesuchen an die russischen Kommunisten um moralische und materielle Unterstützung. Das Blatt fügt bei, daß die Russen natürlich den Vorschlag nicht ernst nehmen konnten und daß Tschischewin das Gesuch nicht einmal beantwortet habe.

Die Reanbildung der österreichischen Regierung.

Wien, 23. Okt. Der Verband der sozialistischen Abgeordneten beschloß sich gestern mit dem Ergebnis der Nationalratswahlen. Die Regierungsmittelglieder eruchten um Zustimmung des Verbandes, angesichts der neuen politischen Lage ihre Ämter als Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre niederlegen zu dürfen. Der Verband sagte einstimmig einen Beschluß, in dem es heißt: Nach den demokratischen Grundsätzen obliegt nunmehr den Christlichsozialen die Pflicht, die Regierung zu übernehmen. Der Verband lehnt jede Teil-

nahme an der Regierungsbildung ab. Der Verband ermächtigt daher die sozialistischen Mitglieder der Regierung, ihre Ämter niederzulegen und die Verantwortung mit der Fortführung der Geschäfte abzulehnen.

Wien, 22. Okt. Die sozialistischen Staatssekretäre und Regierungsmittelglieder werden heute gemeinsam zurücktreten. Der christlichsoziale Staatssekretär und Vorkandidat der Regierung Prof. Ruz, wird das Staatsamt für Äußeres, der Oberst Rörner das Staatsamt für Inneres übernehmen.

Wien, 22. Okt. Die Christlich-Sozialen sind, wie eine Wiener Meldung der Telegraphenagentur besagt, entschlossen, allein die Regierung zu übernehmen und rechnen auf Unterstützung durch die Großdeutschen. Jedenfalls treffen die Christlich-Sozialen große Vorbereitungen, um mit Unterstützung des Auslandes die trostlose Wirtschaft und die Finanzen Deutsch-Österreichs zu heilen. Ihre Anstrengungen sind auf eine Hebung der Volks- und auf Besserung der Lebensmittelpreise gerichtet, wofür in erster Linie Ungarn als Getreidelieferant in Betracht kommt.

Demission des Kabinetts Branding.

Stockholm, 24. Okt. Das Kabinett Branding ist heute zurückgetreten. Wie gerücheweise verlautet, wird der Landeshaupmann von Christianstadt, Freiherr Boris de Herr, Chef der neuen Regierung und der Befehle in London, Branding, Minister des Äußeren werden.

Württembergische Politik.

Nachtrag zum Landtagsbericht.

Der Antrag der Mehrheitssozialisten zur Generalstreik-Debatte wurde in der Hauptsache abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Angenommen wurde nur der mittlere Absatz mit den Stimmen der Rechten, der Demokraten und der Mehrheitssozialisten. Es wird darin die rasche Durchführung der Steuererlässe auch gegenüber den bestehenden Schichten des Volkes und eine Ermäßigung der Steuerlast für die kleinen Lohn- und Gehaltseinkommen gepochelt. — Die „Schwäb. Tagwacht“ war durch den Vertrauensantrag für die Regierung seitens der Bürgerpartei und des Bauernbundes derartig übererregt, daß sie ihren deutlichen Respekt mit „Die Bauernbundesregierung vor der Tür!“ überschrieb. Sie beschloß, daß ein Teil der Zentrumskräfte nicht abgeneigt sei, gemeinsam mit der Regierung der Regierung das Vertrauen zu bekunden. Die Angst vor ja vererblich, denn dem Vertrauensantrag der Mittelparteien stimmte sowohl die Rechte als auch die Mehrheitssozialisten zu, nachdem die besonderen Anträge dieser Fraktionen keine Aussicht auf Annahme hatten.

Landtag.

Stuttgart, 23. Okt. Die ganze heutige Landtags-Sitzung war ausgefüllt mit der Großen Anfrage Wlliger (S.) und Genossen über die sprunghafte Steigerung der Preise für die notwendigen Nahrungsmittel. Wlliger (S.) bezichtigte sie und wies auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage großer Teile unseres Volkes hin. Eine Verabreichung der Einkommen sei ohne Preissteigerung nicht möglich; im Gegenteil müßten die Einkommen erhöht werden. Der Weg des Bauernbundes führe zum Zusammenbruch. Die Wirtschaft des Reichsernährungsministers Dr. Hermes ruiniere das Volk. Der Wille, den Wucher zu brechen, sei aus Furcht vor den politischen Folgen auch bei den Mittelparteien abgedrückt. Von einer Sicherung der Erzeugung sei keine Rede, mehr. Solange die Rattage bestehe, dürfe kein Brotstreik der Ernährung entzogen werden. Der Redner griff das Verhalten des Bauernführers Rörner an. Anführer seien im Lande herum, um Anleihen zur Steuerhinterziehung zu geben. Gegen die Forderung der Entente auf Ablieferung von 810 000 Mischelbän sei scharfster Protest

Heilige Glut!
Wenn sie umschweben,
läßt sich im Leben
selig mit Guten! Soehne

Hans und Heinz Kirch.

Novelle von Theodor Storm.

Hans Kirch nahm es, er las auch, was dort geschrieben stand, er wollte ruhig bleiben, aber seine Hände zitterten, daß aus der offenen Hülle die Scheine auf den Fußboden hinabfielen.
Als er sie eben mit Vinas Hilfe wieder zusammengefaßt hatte, wurde an die Tür gepoßt, und ohne die Aufforderung dazu abzuwarten, war eine blasse Frau hereingetreten, deren erregte Augen ängstlich von dem Vater zu der Tochter flohen.
„Wie!“ rief Frau Vina und trat einen Schritt zurück.
Wied rang nach Atem. „Verzeihung,“ murmelte sie, „ich mußte; Ihr Heinz ist fort, Sie wissen es vielleicht nicht, aber der Fuhrmann sagte es, er wird nicht wiederkommen, niemals!“

„Was geht das dich an?“ fiel ihr Hans Kirch ins Wort.
Ein Laut des Schmerzes stieg aus ihrer Brust, daß Vinas Augen unwillkürlich voll Mitleid auf diesem einst so kalten Knüttel ruhten. Aber Wied hatte dadurch wieder Mut gewonnen. „Hören Sie mich!“ rief sie, „aus Barmherzigkeit mit Ihrem eigenen Kinde! Sie meinen, er sei es nicht gewesen, aber ich weiß es, daß es niemand anders war! Das,“ und sie zog die Schürze mit dem kleinen Ringe aus ihrer Tasche. „es ist ja einerlei nun, ob ich's sage — das gab ich ihm, da wir noch halbe Kinder waren, denn ich wollte, daß er mich nicht vergesse! Er hat's auch wieder heimgebracht und hat es gestern vor meinen Augen in den Staub geworfen.“
Ein Lachen, das wie Hohn klang, unterdrückte sie. Hans Kirch sah sie mit starren Augen an: „Nun, Wied, wenn's denn dein Heinz gewesen ist, es ist nicht viel geworden aus euch beiden.“
Aber sie achtete nicht darauf, sie hatte sich vor ihm hingeworfen. „Hans Kirch!“ rief sie und sagte beide Hände des alten Mannes und schüttelte sie. „Du Heinz, hören Sie

es nicht? Er geht ins Elend, er kommt niemals wieder! Vielleicht — o Gott, sei barmherzig mit uns allen! Es ist noch Zeit vielleicht!“
Auch Vina hatte sich jetzt neben ihr hinzumocken; sie schaute es nicht mehr, sich mit dem armen Weibe zu vereinigen. „Vater,“ sagte sie und streichelte die eingesunkenen Wangen des harten Mannes, der jetzt dies alles über sich ergehen ließ, „du sollst diesmal nicht allein reifen, ich reife mit dir; er muß ja jetzt in Hamburg sein. O, ich will nicht ruhen, bis ich ihn gefunden habe, bis wir ihn wieder hier in unseren Armen halten. Dann wollen wir es besser machen, wir wollen Geduld mit ihm haben, o, wir hatten sie nicht, mein Vater! Und sag' nur nicht, daß du nicht mit uns lebst, dein bleiches Angesicht kann doch nicht lügen! Sprich nur ein Wort, Vater, befehl mir, daß ich den Wagen herbestelle, ich will gleich selber laufen, wir haben ja keine Zeit mehr zu verlieren.“ Und sie warf den Kopf an ihres Vaters Brust und brach in lautes Schluchzen aus.
Wied war aufgestanden und hatte sich beschleunigt an die Tür gestellt, ihre Augen sahen angstvoll auf die beiden hin.
Aber Hans Kirch sah wie ein totes Bild. Sein jahrelang angefamelter Groll ließ ihn nicht los, denn erst nach diesem Wiedersehen mit dem Heimgekehrten, war in der grauen Zukunft keine Hoffnung mehr für ihn. „Gott!“ sagte er endlich und seine Stimme klang so hart wie früher, „mag er gehehen haben, wie er will, der diesmal unter meinem Dach geschlafen hat; mein Heinz hat schon vor siebzehn Jahren mich verlassen.“

Für fremde Augen mochte es immerhin den Anschein haben, als ob Hans Kirch auch jetzt noch in gewohnter Weise seinen mancherlei Geschäften nachgese, in Wirklichkeit aber hatte er das Steuer mehr und mehr in die Hand des jüngeren Teilhabers der Firma übergeben lassen, auch aus dem häßlichen Kollegium war er, zur stillen Verteidigung einiger ruheliebenden Mitglieder, sehr kurzer Zeit geschieden. Es bedrante ihn nicht mehr, in den Gang der kleinen Welt, welche sich um ihn her bewegte, eingzugreifen.
Seit wieder die ersten kühlen Frühlingsstöße wehten, konnte man ihn oft auf der Bank vor seinem Hause sitzen sehen, trotz seiner jetzt fast weißen Haare als alter Schiffer ohne jede Kopfbedeckung. — Eines Morgens kam ein noch weiserer Mann die Straße hier herab und setzte sich, nachdem er nähergetreten war, ohne weiteres an seine Seite. Es war ein früherer Oekonom des Armenhauses, mit dem

er als Stadinerordner einst manches zu verhandeln gehabt hatte; der Mann war später in gleicher Stellung an einen anderen Ort gekommen, jetzt aber zurückgekehrt, um hier in seiner Vaterstadt seinen Alterspension zu verweilen. Es schien ihm nicht zu fehlen, daß das Antlitz seines früheren Vorgesetzten ihn keineswegs willkommen hieß, er wollte ja nur plaudern, und er tat es um so reichlicher, je weniger er unterbrochen wurde, und eben jetzt geriet er an einen Stoff, der unerschöpflicher als jeder andere schien. Hans Kirch hatte Unglück mit den Leuten, die nach weiser als er selber waren, wo sie von Heinz sprachen sollten, da sprachen sie von sich selber, und wo sie von allem anderen sprechen konnten, da sprachen sie von Heinz. Er wurde unruhig und suchte mit schroffen Worten abzuwehren, aber der geschwätzig Kreis schien nichts davon zu merken. „Ja, ja, es du mein lieber Herrgott!“ fuhr er fort, behaglich in seinem Redestrome weiterschimmend, „der Hasselritze und der Heinz, wenn ich an die beiden Jungen denke, wie sie sich einmal die großen Ärmel in die Arme brannten! Ihr Heinz, ich hätte wohl, der mußte vor dem Doktor liegen, den Hasselritze aber hab' ich selber mit dem Haselstod kurirt.“

Er lachte ganz vergnüglich über sein munteres Wortspiel. Hans Kirch aber war plötzlich aufgestanden und sah mit offenem Munde gar grimmig auf ihn herab. „Wenn Er wieder schwagen will, Fritz Peters,“ sagte er, „so suche Er sich eine andere Bank, da drüben bei dem jungen Doktor steht lust eine nagelneue.“

Er war ins Haus gegangen und wanderte in seinem Zimmer hin und wider; immer tiefer sank sein Kopf zur Brust hinab, dann aber erhob er ihn allmählich wieder. Was hatte er denn eigentlich vorhin erfahren? Daß der Hasselritze ebenfalls das Untergerien hätte haben müssen? Was war's denn weiter? — Welchen Haß er von einem Sonntag bis zum anderen oder ein paar Tage noch länger bei sich heberbeigt hatte, darüber brauchte ihn kein anderer aufzuklären.

Und auch dieser Tag ging vorüber, und die dann kamen, nahmen ihren regelmäßigen Verlauf. — Im Oberhause wurde ein Kind geboren; der Großvater frag, ob es ein Junge sei; es war ein Mädchen, und er sprach dann nicht mehr darüber. Aber was hätte es ihm auch geholfen, wenn es ein Knäbchen Christian oder glühfingiges Falles ein Hans Martens gewesen wäre. Nur die Art, die oft nächstens über seinem Kopfe in dem Schlafzimmer des jungen Vaters herrschte, stärkte ihn. (Fortsetzung folgt.)

zu erh...
300 M...
schleude...
Breite...
getan...
mähung...
rechte L...
ärken b...
Breitsp...
Schmid...
ruf der...
preises...
Der Bi...
verform...
Dem B...
schließ...
im all...
reicher...
Breitab...
Notwen...
beim B...
gen B...
zu höhe...
Die Pa...
Erzeug...
mehr a...
Bland f...
dem Pe...
Binn e...
den Se...
Die um...
Wer bei...
Wir mit...
West b...
Klein e...
bestene...
Der...
Beratun...
die ver...
derbe...
den Ant...
den Ste...
zukomm...
Anspru...
Stetter...
machen...
nachgew...
2 Stim...
Gehring...
Schließ...
Stellen...
ten, lan...
ten, für...
eine St...
3 Stim...
trag Sa...
teils d...
ausfall...
Rechts...
angem...
Der...
vom St...
Hafstr...
Verbot...
Himmel...
Die...
berausg...
dem an...
Parteien...
wird de...
entsteu...
ten. O...
Rentom...
zu neun...
teiliges...
gehören...
verpflich...
Vom...
Abgeord...
Der Ver...
ersuchen...
der gele...
werde...
nen Dam...
männlich...
die bes...
messene...
* * *
der An...
seitiger...
Dochdor...
Samstag...
ausgen...
Vorzieh...
ab 12.2...
Uhr) G...
hat eben...
Fährpla...
Bedürfn...
* * *
Vorstell...
len. Er...
telepathi...
den, den...
mense...
Roberty

...ndacht
...ntre
...ung der
...äre und
...driten.
...der He-
...rungs-
...rachen.
...wie eine
...schaffen,
...nter-
...ffen die
...rtigung
...finanzen
...gen sind
...beden-
...gan als
...st deut-
...e Landes-
...der Herr,
...London,
...rankreich-
...Stimmen
...in mittlere
...raten und
...he Durch-
...schenden
...Steuerslast
...ordert.
...en Antrag
...Bauern-
...beitartikel
...bertrieb-
...nicht ab-
...derung das
...lich, denn
...schon die
...dwohl die
...nt auf An-
...Landtags-
...lter (S.)
...der Preise
...behalten
...wirtschaft-
...ne Herab-
...möglich;
...den. Der
...nach. Die
...es räumte
...sei aus
...Wirtschaft-
...par-
...gang sei
...hätte kein
...der Redner
...Agita-
...r Steuer-
...Entente
...der Braut
...eln gehabt
...an einen
...hier zu
...gen. Es
...früheren
...wollte ja
...weniger er
...inen Stoff,
...Rück halte
...ther waren,
...e von sich
...nantes, da
...uchte mit
...hige Geis-
...nem lieber
...Rechtswen-
...s, wenn ich
...die großen
...wäre wohl,
...e aber hab'
...eres Wort-
...d und sah
...d. Wenn
...s, so sage
...gen Volk
...in seinem
...n Paul
...lich wieder.
...? Das der
...n müssen?
...von einem
...noch länger
...sein anderer
...wann kamen,
...aufste wurde
...in Junge sei;
...ehr darüber.
...ein fünfziger
...ens gewien
...einem Rople
...s, führte ihn.

zu erheben. Der Reichsernährungsminister Heimes habe 900 Millionen M durch zu späten Del und Festkauf ver- schwendet. Die Rechte sei schuld an der Steigerung der Preise, habe aber nichts für die Steigerung der Erzeugung getan. Ernährungsminister Dr. Schul verwies auf die Bemühungen der Regierung um eine volle Erfassung und ge- rechte Verteilung. Die Kartoffelproduktion sei in vielen Be- zirken günstig. Schuld an den hohen Kartoffelpreisen sei die Preispolitik des Soziald. Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt. Die Schuld daran, daß der betrübendste Auf- ruf der Landwirtschaft, Organisationen wegen eines Kartoffel- preises von 20-24 M erfolglos blieb, trage die Schwab. Tagesz. Der Viehstand sei trotz der Seuche nicht schlecht. Die Milch- verfertigung bleibe hinter der im September noch zurück. Dem Protest gegen die Milchviehablieferung an die Entente schließt sich das ganze Haus an. Die Versorgung sei heuer im allgemeinen nicht schlechter, als im vorigen Jahr. Preis- steigerungen seien nur bei Obst und Fleisch eingetreten. Ein Preisabbau ohne Verbesserung der Salina sei nicht möglich. Notwendig sei der Selbstschutz der Verbraucherorganisationen beim Preisprüfungswesen und eine festgeschlossene Front gegen Zucker, Schleischhandel und Schiebererei. Wer die Bauern zu höheren Preisen aufhebe, begehe ein Verbrechen am Volk. Die Hauptfrage sei eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Bei der Besprechung der Anfrage, die von dem mehr als halb letzten Hause besprochen wird, brachte die Ab- stimmung (20:11) die Wünsche der Frauen zum Ausdruck. Mit dem Preisabbau müßten die Bauern anfangen, die Industrie könne es nicht. Notwendig seien Verteilungsverträge zwischen den Gemeinden der Erzeuger und denen der Verbraucher. Die unruhigen Zwischenlieder im Handel sind aufzuklären. Wer Lebensmittel ins Ausland schiebt, ist ein Landesverräter. Wir müssen eine andere Gewinnung im Volke werden und den Geist der Selbstsucht bannen. Dienstag nachmittags 3 Uhr: Kleine Anfragen, Landeshauptversammlung, Schulkostengesetz, San- dessteuerrecht und Fortsetzung der Feuerungsverbote.

Die Ausgesperrten vor der Kommission.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Landtags legte die Beratung der Eingabe des Gewerkschaftsbundes fort, wobei die verschiedensten Gegenstände laut wurden. Die U.S.P. for- derte ohne Entschädigung. Die Sozialdemokratie schwächte den Antrag dahin ab, daß nur den Unschuldigen, die sich für den Steuerabzug ausgesprochen hätten, eine Entschädigung zukommen solle. Die bürgerlichen Parteien lehnten einen Anspruch einstimmig ab. Der Antrag des Reichstages- statters (U.S.P.) geht dahin, die Regierung erlagspflichtig zu machen, soweit es sich nicht um Ausgesperrte handelt, denen nachgewiesen werden kann, daß sie sich offen dem Steuerab- zug widersetzt haben. Dieser Antrag wurde mit 14 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag Egger- tings, der Regierung zu empfehlen, sie möge den von der Schließung der Betriebe mitbetroffenen Arbeiter und Ange- stellten, die keinen Widerstand gegen den Steuerabzug leisteten, sondern die ihr schließliches Einverständnis damit erklär- ten, für den ohne eigenes Verschulden erlittenen Lohnausfall eine Entschädigung zukommen lassen, wurde mit 12 gegen 3 Stimmen und einer Stimmenthaltung abgelehnt. Der An- trag Schuler (Zeit.) Henne (D.D.V.), die Eingabe des Rat- tels der Freien Gewerkschaften auf Entschädigung des Lohn- ausfalls abzulehnen und die Arbeiter auf den ordentlichen Rechtsweg zu verweisen, wurde mit 11 gegen 5 Stimmen angenommen.

Demonstrationsfolgen.

Der politische Redakteur des „Sozialdemokrat“ erhielt vom Stuttgarter Amtsgericht einen Strafbefehl auf 4 Wochen Haftstrafe, weil er am 22. Mai d. J. trotz bestehendem Verbot zu einer öffentlichen Versammlung unter freiem Himmel aufforderte u. sich als Redner zur Verfügung stellte.

Von den Unabhängigen.

Die alte U.S.P. Württemberg gibt nun in einer Sou- veränenausgabe ein Manifest an das deutsche Proletariat aus, in dem auch ein Aufruf des württ. Landesvorstands an die Parteimitglieder enthalten ist. Der bisherige Landesvorstand wird demnach die Parteigeschäfte weiterführen. Die Beitrags- entlastung werden über Organisations- und Preissetzen be- trafen. Eine Landeskonferenz soll nächstem stattfinden. Den Reinkommunisten wird die Berechtigung, sich künftig U.S.P. zu nennen, abgeprochen, weil nach einem Beschluß des Par- teltages 1919 niemand gleichzeitig einer anderen Partei an- gehören darf. Die Anerkennung der Dritten Internationale verpflichtet aber, sich der kommunistischen Partei anzuschließen.

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Landtagsabg. Henne, Lötzingen, hat mit weiteren fünf Abgeordneten folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß bei der gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Bestimmungen getroffen werden, welche es den einzel- nen Bundesstaaten ermöglichen, die Lebensinteressen des land- wirtsch. und gewerblichen Mittelstands sowohl, als auch die besonderen Verhältnisse der Landbevölkerung in ange- messener Weise zu berücksichtigen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 25. Oktober.

Wintersfahrplan. Der neue Wintersfahrplan bringt auf der Linie Calw-Eutingen folgende Veränderungen: Der seitherige Mittagszug Calw ab 3.27 Uhr, Ragold ab 4.06 Uhr, Hochdorf an 4.28 Uhr, Eutingen an 4.35 Uhr, fährt nur noch Samstags und Sonntags. Der neue Zug der Werktag, ausgenommen vor Sonn- und Feiertagen, verkehrt, fährt in Pforzheim ab 10.50 Uhr vorm., Calw ab 11.45 Uhr, Ragold ab 12.21 Uhr, Hochdorf an 12.39 Uhr, Pforzheim an 2.09 Uhr, Hochdorf ab 12.40 Uhr, Eutingen an 12.45 Uhr und hat ebenfalls Anschluss nach Stuttgart (an 2.41 Uhr). Der Fahrplan für die Strecke Ragold-Rittensteig ist ohne Veränderungen.
Robert's Fasnachts-Theater gastierte gestern mit zwei Vorstellungen im Rosenpark, die beide regen Besuch aufwie- sen. Erwähnenswert sind vor allem die heftigsten und telepathischen Leistungen des Direktors Robert's, die auch den, der anfänglich nicht an diese ganz natürlichen Experi- mente zu glauben vermochte, bald bekehrten. Man kann Robert's keine wissenschaftliche Vorbildung nicht absprechen.

Ungetesteten Beifall fand auch Zil. Suleika mit ihrer Be- dankenskunst und durch ihr bescheidenes Auftreten. Der Humor in der Jamberei verband manch schönen Plausionswitz; auch der Lumpenmalak mit dem gewürzten Bier, der so recht zum Schluß paßte, hallt entschieden zum Erfolg des Tages. Wir weisen noch auf die heutigen Schlussvorstellungen hin.

Hausbesuchskurse. An den Lehrveranstaltungen für Auf- schiede in Hall, Heilbronn, Reutlingen, Ravensburg und Ulm finden dreimonatliche Unterrichtskurse statt, die am 4. Januar beginnen. Meldungen bei den Oberämtern bis 1. Dezember d. J.

Bauernversammlung. Der Landwirt vom Schwarz- wald teilt mit, daß in Herb am 7. November ein Bauern- tag stattfindet, der vom Landwirtschaftl. Hauptverband ver- anstaltet wird und an der die im Hauptverband organisierten Bauern der Bezirke Gorb, Rottenburg, Herrenberg, Ragold Calw und Sulz teilnehmen.

Entschädigung der Landwirte die zwischen dem 12. und 18. April 1920 Vieh abgeliefert haben. Auf die Ein- gaben des Landwirtschaftl. Hauptverbands an die Fleisch- versorgungsstelle und an das Württ. Ernährungsministerium wegen Rückzahlung einer Entschädigungssumme an die- jenigen Tierhalter, die während der vorübergehenden Senkung des Schlachtpreises in der Zeit vom 12.—18. April d. J. Tiere abgeliefert haben, ist nunmehr vom Ernährungsmini- sterium eine Antwort dahinlautend erfolgt, daß zwar diese Landwirte rechtliche Ansprüche auf eine Rückzahlung nicht haben, daß aber trotzdem der Vorstand der Fleischversorgungs- stelle sich bereit erklärt hat, für das während der genannten Zeit zur Ablieferung gebrachte Vieh eine Rückzahlung von 10 M für den Zentner Lebendgewicht zu gewähren, soweit nicht etwa, wie dies in einer Reihe von Kommunalverbänden der Fall war, den Landwirten bereits vom Kommunalverband Zuschüsse ausbezahlt worden sind. Die Rückzahlung der auf die einzelnen Landwirte entfallenden Beträge, die sich wegen der erforderlichen Erhebungen noch einige Zeit hinziehen dürfte, wird die Fleischversorgungsstelle in die Wege leiten.

Tierärztetagung. Der Verein der Privat- und Gemeindevierärzte tagte kürzlich in überaus zahlreich besuchter Mittelländer-Versammlung in Stuttgart. Der umfangreiche Tä- tigkeitsericht, den der Vorsitzende Stadtierarzt Stepler-Bienheim gab, zeugte von der Fülle der bewältigten Arbeit, wofür begeisterten Beifall und Vertrauensbekundung gelsen- det. In Erweiterung eines Antrages des Vereins der Ober- amtstierärzte unterzeichneten die Privat- und Gemeindevier- ärzte dem Ministerium des Innern die Bitte, zum beabsich- tigten Vortrag des Seuchenkommissars über die diesmahlige Maul- und Rausenfrage und deren Behandlung sämtliche Tierärzte Württembergs einzuladen, weil dieses Thema alle Tierärzte gleichmäßig interessieren muß. Wiederholt wurde auch die Frage der Kollisionsvermeidung behandelt mit dem Verlangen nach deren einheitlichen Regelung für sämtliche Tierärzte. Weiter war Verhandlungsgegenstand die Gebalts- einstellung der Gemeindevierärzte; unterschiedslos gebühren- freie in die X. Gruppe mit Ausnahme der in Durchgangs- stellungen sich befindlichen Tierärzte während ihrer ersten 5 Dienstjahre. Gegen die Absicht der Stadt Stuttgart, ihre Tierärzte mit mehr als 5 Dienstjahren zum Teil in die IX. Gehaltsgruppe zu verweisen, wird beim Gemeinderat Ein- spruch erhoben. Die Vollbesetzung und Vollbeschäftigung der Oberamtstierärzte erwarten die Privat- und Gemeindevier- ärzte sehr wohl und hoffen, daß die Zeit des Wiederaufbaus die württ. Regierung die Vollbesetzung der Staats-tier- ärzte rasch durchführen heißt, dann endlich die bisher in Württemberg vermehrte aber unbedingt notwendige Unab- hängigkeit des tierärztlichen Staatsbeamten vom Publikum erreicht und somit einer gebieterischen Forderung der Jetzt- zeit genügt wird. Mit einem Bericht über die Erfahrungen bei der Maul- und Rausenfrage gingen die anregenden Verhandlungen dem Ende zu. Besonders günstig konnte über das von den Böwemwerten-Heilbronn hergestellte Athanal berichtet werden, das kräftig in die Blutbahn eingespritzt, in über 400 Fällen bei an höchster Maul- und Rausen- seuche erkrankten Tiere vorzügliche Erfolge zeitigte.

Die Entwaffnung. Die für die freiwillige Waffen- abgabe festgesetzte Frist neigt sich ihrem Ende zu. Wenn auch die bisherigen Ergebnisse der Waffenentnahme nicht unbefriedigend sind, so ist doch anzunehmen, daß sich auch heute noch eine beträchtliche Anzahl ablieferungspflichtiger Waffen in den Händen der Bevölkerung befindet. Man scheint sich vielerorts über den Ernst des Gesetzes und über die Straffreiheit, mit der es durchgeführt werden muß, noch nicht im klaren zu sein. Es darf nicht vergessen werden, daß die jetzige Periode der freiwilligen Ablieferung doch nur den ersten Teil der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes darstellt. Ist erst die freiwillige Ablieferungspflicht zu Ende, so wird die Erfassung der dann noch zurückgehaltenen Waffen mit allen Mitteln durchgeführt werden. Die Ergeb- nisse der freiwilligen Ablieferung werden Schlüsse darauf zu- lassen, in welchen Bezirken noch Waffen zurückgehalten wor- den sind. Wo dies zu vermuten ist, wird beim Einzelnen mit Hausdurchsuchungen, bei Gemeinden oder Bezirken mit Zer- störungen und Durchsuchungen in größerem Maßstab vor- gegangen werden. Zu beachten ist ferner, daß das Gesetz nicht nur eine Ablieferungspflicht, sondern auch eine Anzeigepflicht festsetzt und daß späterhin für Mitteilung über be- stehende Waffenlager, die zur Beschlagnahme dieser Lager führen, beträchtliche Belohnungen ausgesetzt werden sollen, wie sie das Entwaffnungsgesetz ausdrücklich vorseht. Es besteht also für jeden, der sich der Ablieferungspflicht ent- ziehen hat, die größte Gefahr, daß durch Anzeige von anderer Seite sein Waffenbesitz zur Kenntnis der Behörden gelangt. Die sofortige Beschlagnahme der Waffen ist dann die erste Folge, außerdem wird aber die Staatsanwaltschaft unnoch- sichtig jeder Anzeige nachgehen und gegen die Waffenbesitzer einschreiten. Verstöße gegen das Entwaffnungsgesetz werden mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, mit Geldstrafe bis zu 300 000 M und in besonders schweren Fällen mit Zuch- hausstrafe bis zu 10 Jahren geahndet. Viele Leute, die Waffen zurückhalten und sich dadurch der großen Gefahr, schwer bestraft zu werden, aussetzen, tun dies aus idealen oder besser gesagt aus ideologischen Gründen. Der eine glaubt damit seinem Vaterlande einen Dienst zu tun, der andere sieht in den Waffen ein Mittel, mit dem er eines Tages seinen politischen Anschauungen zum Siege verhelfen kann. Diese Gedankenlagen werden weder den einen noch den andern vor Strafe schützen. Mancher, der glaubt, das

Entwaffnungsgesetz umgehen zu können, wird seine Torheit bitter büßen müssen. Es sollte deshalb jeder, der noch Waffen verborgen hält, sich genau überlegen, ob er verantwortlich ist, durch gefehriges Handeln sich selbst und seine Familie ins Unheil zu bringen. Noch ist Zeit und Gelegenheit, die Waffen herauszugeben. Nach dem 1. November kommt die Neue zu spät.

Verendung der Weihnachtspakete. Es empfiehlt sich, die Weihnachtspakete nach den überseeischen Ländern, mit denen ein Paketverkehr zur Zeit möglich ist, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika, schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die recht- zeitige Ausbändigung dieser Sendungen an die Empfänger gesichert ist. Nach den Ver. Staaten von Amerika können von jezt an Postfrachtpakete mit und ohne Wertangabe bis zum Gewicht von 20 Kg. und solche mit Rahmpackung bis 3200 M zur Beförderung über Bremen oder Hamburg durch Vermittelung von Speditoren angenommen werden. Nähere Auskünfte erteilen die Postanstalten.

Verkehr mit Schwefel. Der Verkehr mit Schwefel wurde freigegeben und die entsprechenden Verfügungen auf- gegeben.

Nach dem übrigen Württemberg.

Wittlingen O.L. Calw, 23. Okt. Die beiden Holz- schuppen des Schreiners Wohlgemuth und der Witwe Weiß sind abgebrannt. Es wird Brandstiftung vermutet. Ein geistig nicht normaler junger Mann, der jetzt flüchtig ge- gangen ist, wird der Tat verdächtig.

Calmbach, 23. Okt. In der Nacht vom 14. auf 15. d. Mis. wurden aus dem Gasthof des Dirchwirts in Fegelsloch ein Paar schwere Ochsen gestohlen und auf dem Enghof an den Wirt selbst verkauft. Derselbe traute aber der Sache nicht und bezahlte die Summe (21 000 M) mit einem Scheck auf die Wülbader Bank, welchen er am andern Morgen so- fort streiten ließ. Schnell wurden auch die Täter durch Landjäger ermittelt. Der Verkäufer der Ochsen, der sich Händler Riechert von Hyringen nannte, ist der verdächtigste Täter Holz von Oberreichenbach. Weiter sind beteiligt Wilh. Better, Metzger in Schönbach, Georg Better, Sattler in Oberreichenbach und Fritz Greiser, Metzger in Albulach. Sämtliche sind hinter Schloß und Riegel und werden ihrer Strafe nicht entgehen. Aber es scheint, daß die Sache noch weitere Kreise zieht. Die Diebe wollen sich milde bene Umstände schaffen, indem sie sagen, die Ochsen seien Schieber- ochsen. Ob es bloß Ausreden sind, wird die Untersuchung ergeben; aber tief bilden läßt es, daß der Besitzer der Ochsen die Anzeige des Diebstahls beanerzte.

Stuttgart, 23. Okt. Auf dem Karlsruher Schiffahrts- und Wasserwirtschaftskongress hat Baurat Dr. Ingenieur-Abduller-Mannheim außerordentlich belangreiche Ausführ- ungen gemacht über die Wirtschaftlichkeit des Kanalfähr- tings-Roddingen-Weilingsen. Seine technische Beweisführung wird zur Zeit von den Sachverständigen überprüft. Für die süd- deutsche Volkswirtschaft wäre es von unschätzbarem Wert, wenn der Großschiffahrtsweg Mannheim-Roddingen in das stark industrialisierte Mittel- und Oberrhein liegt, verein- glicht werden könnte.

Stuttgart, 23. Okt. Auch im Gemeinderat hat sich bei den Unabhängigen die Spaltung in für und wider Moskau vollzogen. Sechs U.S.P. Leute sind der alten Parole treu geblieben, vier haben sich der Richtung Moskau angeschlossen.

Waiblingen, 23. Okt. Der Sohn Eugen des Reichs- anikers Bud hier geriet gestern Abend auf dem Bahnhof unter die Räder eines rangierendenzugs und wurde voll- ständig gerammt. Da der Verunglückte den Tod durch Un- vorsichtigkeit erlitt, trifft die Bohnerverwaltung keine Schuld.

Nachdemwertes Beispiel.

Calw, 23. Okt. Die Firma Baumann, mechanische Krangelfabrik in Calw, zahlte vor kurzem an ihre gesamten kaufmännischen und technischen Personal eine nicht rückzahl- bare Herbstbeihilfe von 800 bis 1000 M pro Person, ebenso an jugendliche Arbeiter von 50 M an auswärts. Es wäre nur zu wünschen, wenn sich noch weitere Firmen aller Oberämter diese Tat als Beispiel nehmen würden. Auch in anderen Betrieben (die fast alle gute Kriegsgewinne erzielt haben) könnten die Arbeiter diese Herbstbeihilfe sehr notwendig gebrauchen, zumal die Notlage der Arbeiter bei Unterhand- lungen über Gewährung von Herbstbeihilfen von verschiedenen Firmen anerkannt wurde.

Legte Nachrichten.

Vor einem belgischen Sozialistentag.

Brüssel, 26. Okt. (Havas.) Demnächst soll sich ein bel- gischer Sozialistentag über die Teilnahme der Partei an der Regierung aussprechen. Gestern fanden bereits in Brüssel und in der Provinz regionale Kongresse statt, wobei sich in Brüssel eine geringe Stimmenmehrheit in der Provinz da- gegen eine große Mehrheit für die Teilnahme ergab.

Delacroix.

Paris, 25. Okt. Der belgische Ministerpräsident Dela- croix erklärte einem Vertreter des „XX. Siècle“, Lloyd George wünsche zu der Volkerversammlung des Bitterbunds in Genf die Anwesenheit des Ministerpräsidenten Rogues. — „Jour- nal des Debats“ teilt zu dieser Nachricht mit, die französische Regierung sei über diesen Gegenstand nicht gefragt worden. Es sei übrigens auch wenig wahrscheinlich, daß sie diese Ein- ladung günstig aufnehmen werde. Man scheint in politischen Kreisen zu befürchten, daß eine derartige Zusammenkunft wie eine Einmischung in die Befugnisse des Bitterbunds an- gesehen werden könne und daß die Anwesenheit noch anderer Regierungschefs, die sich auch nach Genf begeben könnten, dieser Zusammenkunft des Bitterbunds den Ansehen einer neuen Friedenskonferenz geben könnten.

Benizelos Hoffnungen und Pläne.

Paris, 25. Okt. Benizelos erklärte dem Vertreter des „Temps“ in Athen, wenn König Alexander sterbe, werde sein Bruder Paul König, Benizelos verlange aber vorher Wirt- schaft dafür, daß König Konstantin auf alle Thronansprüche verzichte. Das Wahlergebnis werde beweisen, daß seine Sache verloren sei, und daß er nur seinen Sohn um den Thron bringen werde, wenn er seinen persönlichen Ehrgeiz befriedigen wolle.

